

Bündnis 90/Die Grünen Stadtratsfraktion Wasserburg

Rede zum Stadthaushalt und Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2017 (26.01.2017)

Es gilt das gesprochene Wort / rot = ungefähre kurzfristige Ergänzungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsplan für das abgelaufene Jahr 2016 ist von Steuereinnahmen in Höhe von 19,1 Mio. Euro ausgegangen. Der gesamte Verwaltungshaushalt hatte ein Volumen von 33,4 Mio. Euro. Davon sollten ganze 570.100 Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Ein Jahr später gehen wir jetzt sogar von Steuereinnahmen von 20,2 Mio. Euro aus. Der gesamte Haushalt hat ein Volumen von 34,8 Mio. Euro – gegenüber 2016 also ein Plus von 1,4 Mio. Davon sollen nun 893.500 Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Der Anstieg bei den Steuereinnahmen rührt vom höheren Gewerbesteuersatz und der erhöhten Grundsteuer her. Wir halten beide Erhöhungen für vertretbar, denn auch wenn sie bei den Betroffenen keine Jubelstürme auslösen, sind sie doch zumutbar – den Gewerbetreibenden ebenso wie den Grundstücksbesitzern – und belasten niemanden über Gebühr.

Wir haben in unserer Fraktion wenig Sorge, dass unsere Wirtschaft unter dieser Mehrbelastung zusammenbrechen könnte. Auch die Grundstücksbesitzer in der Fraktion sind optimistisch, die steuerliche Mehrbelastung irgendwie schultern zu können. Sorge bereitet uns vielmehr, dass wir in Zeiten einer prosperierenden Wirtschaft, in einer Stadt mit mehreren großen Steuerzahlern und in einem Landkreis mit einem der niedrigsten – und nochmal um 0,5 auf 47,0% gesenkten - Kreisumlagesätze Oberbayerns - das Ganze inmitten einer Boomregion - auf die genannten Erhöhungen angewiesen waren, um überhaupt einen rechtskonformen Haushalt aufstellen zu können.

Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage auf 380 Punkte war eine zwingende Notwendigkeit. Allerdings lässt sich an dieser Schraube nicht beliebig drehen.

Ohne Limit steigerbar scheinen dagegen die Ausgaben des Verwaltungshaushalts: von 33,4 Mio. Euro im Vorjahr, über 34,8 Mio. in 2017 sollen diese sich laut Finanzplan bis 2020 auf 38,17 Mio. belaufen – angesichts steigender Preisniveaus und Lohnkosten ist das auch ein ganz realistischer Ansatz.

Zumindest, wenn wir weiterhin die gleichen Leistungen zu den gleichen Konditionen abliefern können und wollen, wie bisher.

Das wirft natürlich wieder mal die Frage auf, was sein soll, wenn die Einnahmen – insbesondere bei der Gewerbesteuer – irgendwann nicht mehr so zuverlässig sprudeln wie bisher. Seit Jahren reden wir davon, dass wir die laufenden Kosten im Verwaltungshaushalt in den Griff bekommen müssen. Passiert ist in dieser Hinsicht bisher nicht viel.

Wenn wir uns also seit Jahren zumindest mal in diesem Punkt fraktionsübergreifend einig sind und dann trotzdem nichts vorwärts geht, dann stellt sich die Frage, ob nicht die Methodik bisher die falsche war. Wir begrüßen deshalb, dass ab dem nächsten Haushalt die Herangehensweise eine andere sein soll.

Wir hatten genau aus diesem Grund schon letztes Jahr bei der Haushaltssitzung den Antrag gestellt, die Verwaltung zu beauftragen bis Jahresmitte konkrete Vorschläge zu möglichen künftigen Einnahmenmehrungen und Ausgabenminderungen bei den laufenden Kosten des Verwaltungshaushaltes vorzulegen. Eine Giftliste 2.0 sozusagen. Dieser Antrag wurde aber mit großer Mehrheit (16:7 Stimmen) abgelehnt.

Statt dessen wurde uns auch heuer wieder erst am 1. Tag der Haushaltsberatungen, wo es eben um den Verwaltungshaushalt geht, der Entwurf des Kämmerers vorgelegt, wie üblich mit dem Hinweis, dass Einsparvorschläge jederzeit gerne gesehen wären.

Jetzt sind unsere Haushaltsvorberatungen zwar durchaus lebhaft und intensiv, wenn auch nicht immer zielgerichtet – größere Einsparungen als die vereinzelt Kleinstbeträge, die dafür in der Regel sofort an anderer Stelle eingestellt werden, sind bei einer solchen Vorgehensweise aus dem Stand aber nicht zu erwarten.

Die Frage: „Was ist, wenn die Gewerbesteuererinnahmen mal nicht mehr so verlässlich auf hohem Niveau weiterlaufen“ bleibt also weiterhin unbeantwortet. Wie schaffen wir dann noch einen rechtskonformen Haushalt. Und vor allem: wie stemmen wir die dann immer noch dringend notwendigen Investitionen, z.B.

- für den Umbau und die Erweiterung bzw. den Neubau der beiden Feuerwehrehäuser
- für die energetische Sanierung unserer Bestandsgebäude
- für die Sanierung des städtischen Museums, wo wir uns schon beim Depot, das für weitere Sanierungsschritte eine Grundvoraussetzung ist, seit Jahren ziemlich schwer tun.

Neben diesen „Pflichtaufgaben“ wird es auch noch einige zusätzliche Hausaufgaben geben. Einige zeichnen sich ja bereits durch die bisherigen Zwischenergebnisse des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes ab. Denn auch, wenn bei der Vorstellung der Bestandsanalyse sehr oft die Rede davon war, dass in Wasserburg vieles schon sehr gut wäre, auch, wenn man wenn überhaupt dann quasi auf hohem Niveau jammere und auch wenn die Bevölkerung im Ganzen sehr zufrieden sei - Ein Großteil der Stadträte ist damals angesichts dieser erfreulichen Tatsachen sichtlich in einen körperlichen und geistigen Standby-Modus zurückgefahren - sind da trotzdem einige Aufgaben, denen wir uns aufgrund des demographischen Wandels und der dringend gebotenen Gewinnung von Nachwuchskräften für die heimische Wirtschaft werden stellen müssen:

- die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- die Verbesserung des ÖPNV, mehr Fahrradfreundlichkeit, mehr Barrierefreiheit
- der Ausbau der digitalen Infrastruktur

Einige dieser Themen werden seit Jahren angemahnt und sickern jetzt so langsam ins allgemeine Bewusstsein. Und ja: bei der digitalen Infrastruktur geht jetzt mit dem Netzausbau was vorwärts.

Auch beim Thema bezahlbarer Wohnraum kommt endlich Bewegung in die Sache.

- Die Wohnbaugesellschaft des Landkreises wird in der Burgau aktiv,
- ebenso die GWG.
- Im Bürgerfeld haben wir den Glücksfall, dass ein verantwortungsvoller Unternehmer in privater Initiative Wohnungen zu sozialverträglichen Preisen errichten will.
- Und schließlich will nun auch die Stadt im Stadler-Garten selbst aktiv werden. Allerdings sind hier fürs Haushaltsjahr 2017 erst einmal nur die Planungskosten eingestellt. Alles weitere wird sich zeigen.

Trotzdem ist das in der Summe natürlich erst einmal eine sehr gute Entwicklung.

Weitere vergleichbare Projekte werden aber folgen müssen. Nachdem der soziale Wohnungsbau über Jahrzehnte vernachlässigt wurde, wird es ebenso lange dauern, das Versäumte nachzuholen.

Und weil die Wohnbaugesellschaft des Landkreises dann vermutlich auch einmal in anderen Ecken des Landkreises aktiv werden soll und sozialverträgliche Wohnbauprojekte privater Unternehmer auch nicht jedes Jahr vom Himmel fallen, wird die Verantwortung künftig auch noch stärker bei der Stadt liegen.

Die wird dann auch sehen müssen, wie man bezahlbaren Wohnraum auch in der Altstadt schaffen bzw. reaktivieren kann – immerhin ist die Altstadt nicht nur von Mietpreissteigerungen besonders betroffen, sondern auch bevorzugtes Wohnviertel sowohl der Jüngeren, die sich ihren ersten eigenen Haushalt einrichten, als auch der älteren Generation, die auf kurze fußläufige Wege angewiesen ist. Beide Personengruppen sind besonders auf sozialverträgliche Mieten angewiesen.

Für den Ausbau der Radl-Infrastruktur steht der Ausbau der Köbingerbergstraße zu einer Fahrradstraße im Haushalt – wieder einmal, denn den entsprechenden Beschluss gibt es längst – seit vorletztem Jahr - und eigentlich hätte diese Maßnahme bereits im abgelaufenen Jahr erfolgen sollen.

Dass trotzdem nochmal auf 2017 verschoben wurde, liegt eben auch daran, dass die umweltfreundlichen Verkehrsmittel immer noch nicht die Wertschätzung genießen, wie z.B. Autos und Motorräder.

Noch weniger Wertschätzung genießt die Bahn, vor allem dann, wenn sie das Stadtzentrum erschließen soll.

- Denn auch, wenn man die Reaktivierung für vergleichsweise überschaubare 1,5 Mio. hätte haben können,
- auch wenn Wasserburg in seiner Außenwirkung eben mit der Altstadt gleichgesetzt wird, die das Ziel der allermeisten Wasserburg-Besucher ist,
- auch wenn die vernünftige Anbindung der Münchner Züge an den Stadtbus aufgrund des Fahrplanes nicht zufriedenstellend zu lösen ist,
- auch wenn der Umsteigezwang in Reitmehring auch aus Sicht der Barrierefreiheit alles andere als optimal ist,
- auch wenn eine reaktivierte Strecke für die Stadt keinerlei laufende Kosten verursachen und eben gerade den Verwaltungshaushalt nicht belasten würde

– man bleibt eisern bei der einmal gefassten (vorgefassten) ablehnenden Haltung, wohlgemerkt, ohne wenigstens irgendwelche Alternativen anzubieten. Im Gegenteil wird das derzeitige Stadtbusangebot zum Maß aller Dinge verklärt. Folgende Generationen werden über so viel verkehrspolitische Kurzsichtigkeit nur fassungslos den Kopf schütteln können.

Dabei erleben wir gerade, dass auch in Wasserburg und im ländlichen Raum insgesamt ein verbessertes ÖPNV-Angebot entsprechend angenommen wird – was ja von Vielen lange kategorisch ausgeschlossen und als Träumerei von ÖPNV-Spinnern abgetan wurde. Die Züge nach Rosenheim sind gut gefüllt, die nach München teilweise sogar überfüllt.

Das Defizit des Stadtbusses ist mittlerweile trotz Subventionierung der Fahrkarten rückläufig, weil mehr Menschen das Angebot nutzen. Das ist der Unterschied zum motorisierten Individualverkehr, wo mehr Verkehrsaufkommen neben mehr Lärm und Gestank immer auch mehr Kosten verursacht.

Trotzdem stehen für die Verbesserung des ÖPNV gerade mal satte 5.000 Euro im Vermögenshaushalt. Damit soll unter Umständen vielleicht eine Bushaltestelle etwas umgestaltet werden, wobei man jetzt noch nicht so ganz sicher weiß, ob das möglich sein wird. Kann also auch sein, dass die 5.000 Euro gar nicht gebraucht werden. Dabei gäbe es im Stadtgebiet noch genügend Bushaltestellen, die man viel freundlicher, wetterfester und auch barrierefreier gestalten könnte.

Bei der Barrierefreiheit soll jetzt aber endlich einmal der barrierefreie Zugang zum Bürgerbüro in Angriff genommen werden. Geplant und überlegt wird schon seit Jahren. Die ersten konkreten Planungen, über die wir uns vor ca. einem Jahr unterhalten haben, sahen auch vielversprechend aus.

Mittlerweile soll aber wieder alles ganz anders sein und ein direkter Zugang von der Herrengasse wird favorisiert. Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich anhöre wie der Kollege Baumann, aber genau das hatte ich vor Jahren schon mal vorgeschlagen, das wurde nur damals vehement abgelehnt.

Wenn das jetzt doch die beste Lösung sein soll, ist uns das auch Recht. Wichtig ist nur, dass der allererste Anlaufpunkt für die meisten Bürgerinnen und Bürger im Rathaus jetzt dann endlich auch für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwägen keine unüberwindbaren Hindernisse mehr bietet. Schlimm genug, dass wegen solcher Selbstverständlichkeiten Jahre ins Land ziehen müssen.

Zusammengefasst gibt es in Wasserburg immer noch genügend Baustellen für eine moderne, zukunftsfähige, inklusive, soziale und lebenswerte Stadt. Manches davon wird bislang komplett verschlafen, sehr vieles ist mehr oder weniger konkret in der Planung, steht aber unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit. Alles immer gemäß unseres guten Vorsatzes, bei allen Investitionen auch die unweigerlichen Folgekosten mit zu berücksichtigen.

Aber es gibt eben auch diesen einen Bereich, wo alles das nicht zu gelten scheint: die gebührenfreien Parkhäuser bzw. die Infrastruktur für den Autoverkehr insgesamt. Da sollen mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 1,6 Mio. Euro ausgegeben werden, um das Dachgeschoss in der Kellerstraße nun auch zu überdachen.

- Natürlich ganz ohne Berechnung der Volkswirtschaftlichkeit, wie man dies bei der Altstadtbahn noch für nötig befunden hat.
- Natürlich ganz ohne die Folgekosten beziffern zu können.

- Ganz ohne Alternativen vorzuschlagen und durchzurechnen, wie es die Kommunalhaushaltsverordnung (§10 Abs. 2) vor Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung zwingend vorschreibt.
- Und ganz selbstverständlich auch, ohne zuvor eine Einigung über mögliche Parkhausgebühren herbeizuführen.

Die Parkhausgebühren stellt man zwar unverbindlich in den Raum, das einzige, was man dazu allerdings schon mit großer Sicherheit sagen kann, ist dass wir uns nicht einig sein werden. **Denn auch, wenn sich das heute in diesem Punkt nach sehr großer Einigkeit angehört hat – spätestens bei der Frage, ab wie viel Stunden das Langzeit-Parken anfängt, werden die Meinungen meilenweit auseinander gehen.**

Und weil es gar so pressiert, soll heute eben nicht nur der Haushalt mit diesen 1,6 Mio. beschlossen werden, sondern auch der Maßnahmenbeschluss wurde gleich noch mit auf die Tagesordnung gesetzt, um nur ja keine Zeit zu verlieren.

Zum Vergleich: das andere Großprojekt, nämlich das Museumsdepot, wurde so spät im Jahr eingetaktet, dass ein Großteil der Kosten erst 2018 wirksam wird – wenn man es sich bis da hin nicht schon wieder grundsätzlich ganz anders überlegt hat.

Wir haben als Fraktion schon in der Vergangenheit mehrfach angekündigt, dass wir weiteren Investitionen in die Parkhäuser nicht zustimmen werden, so lange nicht durch eine Parkhausgebühr zumindest der Unterhalt durch die Nutzer finanziert wird.

Eine Zustimmung zum Haushalt unsererseits wäre ein Vertrauensbeweis, dass wir dann in der Folge schon eine einvernehmliche Lösung bei den Parkhausgebühren finden werden.

Dieses Vertrauen können wir beim besten Willen nicht aufbringen, auch aus der Erfahrung der letzten Jahre oder gar Jahrzehnte heraus, in denen nun schon über Parkhausgebühren diskutiert und dabei alle möglichen und unmöglichen Argumente für und wider Parkhausgebühren unzählige Male ausgetauscht wurden.

Wir können dieses Vertrauen nicht aufbringen, weil auch im Jahr 2017 die Gebührenfreiheit der Parkhäuser immer noch vielfach u.a. auch vom Bürgermeister als „effektivste Form der Wirtschaftsförderung“ bezeichnet wird. Der Standpunkt, dass die Attraktivität einer Stadt im Wesentlichen von ihrer Autofreundlichkeit abhängt, ist so ein Überbleibsel aus den 50er- bis 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Möbel und Mode der damaligen Zeit haben inzwischen einen gewissen Retro-Charme. Die verkehrspolitischen und städtebaulichen Ansichten dagegen sind einfach nur ganz ohne Charme veraltet.

Und schließlich können wir das Vertrauen auch deshalb nicht aufbringen, weil es für die Eile, die nun mit dem Maßnahmenbeschluss an den Tag gelegt wird, keinen vernünftigen Grund gibt. Man hätte ohne Weiteres zunächst einmal das Parkraumbewirtschaftungskonzept ausarbeiten und beschließen können – evtl. hätte es danach eine ganz andere Basis gegeben, sich über ein Parkhausdach zu unterhalten.

Daran ändern auch Milchmädchenrechnungen wie die vom Kämmerer nichts, nach denen neuerdings die Parkgebührenzahler von je her den ÖPNV subventioniert hätten. Das ist schon nicht einmal mehr Legendenbildung, denn Legenden enthalten in der Regel zumindest noch ein Körnchen Wahrheit. Denn natürlich gehören Parkeinnahmen im öffentlichen Verkehrsraum richtigerweise nicht mit laufenden Parkhauskosten verrechnet, sondern mit dem jeweiligen Straßenunterhalt. Wenn man das anders macht, dann muss man dem angeblichen Gewinn der Parkraumbewirtschaftung in den letzten Jahrzehnten auch mal die wesentlich höheren Kosten für den Unterhalt der Gemeindestraßen – die ja ebenfalls dem motorisierten Individualverkehr dienen - entgegenstellen. Und dann bitte auch die Frage beantworten, wer denn diesen Straßenunterhalt in diesem Umfang subventioniert hat, wenn der Erlös der Parkgebühren angeblich in den ÖPNV geflossen wäre.

Natürlich hätten wir jetzt auch wachweich dem Haushalt zustimmen können, als Zeichen, dass wir vielen kleineren Punkten des Haushaltes zustimmen und auch die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer mittragen, und dann später beim Maßnahmenbeschluss dagegen stimmen.

Unterm Strich bleibt aber für uns, dass wichtige zukunftsfähige Maßnahmen in diesem Haushalt allenfalls angedeutet und auf die Folgejahre verschoben werden. Die mit Abstand größte und mit aller Eile durchgezogene Einzelmaßnahme ist dagegen eine, die wir zum jetzigen Zeitpunkt und beim derzeitigen Sachstand entschieden ablehnen müssen.

Wir werden deshalb die Haushaltssatzung und den sowie Finanzplan und Investitionsprogramm der Stadt Wasserburg ablehnen.

Der Haushaltssatzung sowie Finanzplan und Investitionsprogramm der Heilig-Geist-Spitalstiftung stimmen wir zu.

XX

Ebenso werden wir heuer – im Gegensatz zu den Vorjahren – auch dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke wieder zustimmen. Unsere eindringlichen Mahnungen, die unsere Ablehnungen der vergangenen Jahre begleitet haben, halten wir aber weiterhin aufrecht.

Die traditionellen Stadtwerke-Geschäftsfelder alleine reichen nicht aus, um die Zukunft der Stadtwerke inklusive des defizitären Badria-Betriebes langfristig zu sichern.

Neben neuen Geschäftsfeldern, mit denen wir uns auf dem sich stark wandelnden Energieversorgungsmarkt positionieren können, ist es auch notwendig, das Badria-Defizit endlich auf unter 1 Mio./Jahr zu drücken – und das dauerhaft und nicht nur wenn alle günstige Faktoren zusammenkommen:

- wenn gerade keine größeren Maßnahmen anstehen,
- keine längeren Schließungen notwendig werden
- und auch noch das Wetter mitspielt.

Dazu muss man sich, auch wenn das unangenehm ist, auch noch einmal mit den Eintrittspreisen des Badrias beschäftigen.

Selbstverständlich soll das Badria ein Familienbad bleiben. Selbstverständlich soll der Eintritt ins Badria deshalb auch für finanziell Schwächere kein Luxus sein.

Derzeit ist es aber so, dass in erster Linie die Stromkunden der Stadtwerke den familienfreundlichen Badespaß finanzieren – gleich, ob sie selbst das Badria nutzen oder nicht und gleich, ob sie vielleicht selbst zu den eher Finanzschwachen gehören. Von den günstigen Eintrittspreisen profitieren hingegen auch gut situierte Badegäste, die ihren Strom wegen vergleichsweise geringer Einsparungen lieber bei den Mitbewerbern beziehen. **Hier klafft in jedem Fall eine gewaltige Gerechtigkeitslücke.**

Erschwerend kommt hinzu, dass der Stromkunde ein scheues Reh ist, dass sich im Zweifelsfall sogar von Strompreissenkungen aufschrecken lässt, nur um in die Arme eben dieser Mitbewerber zu fliehen.

Den Stromanbieter zu wechseln ist leider sehr einfach, die Kundenbindung deshalb nicht sehr ausgeprägt.

Eintrittspreiserhöhungen im Bad werden hingegen weitgehend geräuschlos hingenommen. Auch wenn man natürlich auch hier nicht nach Belieben an der Preisschraube drehen kann und soll, ist hier die Kundenbindung deutlich ausgeprägter.

Im Vordergrund sollte deshalb die Stärkung der Kundenbindung unserer Stromkunden stehen. Wir regen an, eine Kundenkarte für Stromkunden der Stadtwerke zu prüfen.

Es wäre nicht nur fair, dass diejenigen, die über ihre Stromrechnung das Badria mitfinanzieren, dies beim Eintritt ins Bad honoriert bekommen, bzw. auch bei anderen städtischen Einrichtungen und Veranstaltungen entsprechende Vergünstigungen erhalten könnten.

Es sollte auch dazu führen, dass wir in Stadt und Umland alte Kunden zurück- und neue hinzugewinnen. In anderen Städten werden solche Kundenrabattsysteme schon länger sehr erfolgreich praktiziert – teilweise auch in Kooperation mit dem örtlichen Handel. Nicht alle dieser Städte haben ein vergleichbar attraktives Bad, mit dem sie locken können und auch die Sauna könnte sich so den von der Wasserburger Zeitung schon vorab verliehenen Titel einer „Prämien-Sauna“ auf diese Weise doch noch verdienen.

Für 2017 stehen keine ganz großen Investitionen ins Badria mehr an. Der Wirtschaftsplan sieht insbesondere restliche Maßnahmen bei der energetischen Sanierung und im Brandschutz vor – beides kann man kaum in Frage stellen. Nach Abschluss der noch laufenden Restarbeiten ist das Badria dann ein (fast) durch und durch erneuertes und zeitgemäßes Familienbad mit einer attraktiven Saunalandschaft sowie einer gut ausgelasteten, vielseitig verwendbaren Halle.

Nicht alle dieser Maßnahmen haben wir in der erfolgten Größe und Ausstattung für richtig gehalten und tun dies auch heute noch nicht – insbesondere den Saunagarten und die Saunaerweiterung halten wir nach wie vor für überdimensioniert.

Wir hätten es auch lieber gesehen, wenn man beim Badria ein etwas gemächlicheres Tempo angeschlagen und dafür die Erschließung neuer Geschäftsfelder im Bereich erneuerbarer Energien schon vor Jahren entschlossener angegangen wäre. Die Mehrheit des Stadtrates hat sich aber doch immer wieder für den eingeschlagenen Weg entschieden.

Vergleicht man diesen Weg mit dem Durchqueren einer tiefen Furt in einem reissenden Fluss, dann haben wir die tiefste Stelle mittlerweile durchwaten. Ab diesem Punkt macht es in der Regel wenig Sinn, immer noch eine Umkehr zu verlangen.

Eben darum stimmen wir dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke heuer auch geschlossen zu. Wobei auch diese Zustimmung mit einem Vertrauensvorschuss verbunden ist.

- Nämlich, dass sich die Stadtwerke in den nächsten Jahren tatsächlich in gewissem Umfang neu ausrichten und zukunftsfähig aufstellen.
- Dass insbesondere die angedachte Nahwärmeversorgung im Bereich der Altstadt ernsthaft vorangetrieben wird.
- Dass der finanzielle Spielraum geschaffen wird, mit dem sich die Stadtwerke an ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energieprojekten beteiligen können.
- Und nicht zuletzt, dass in Zusammenarbeit mit dem Energiedialog Wasserburg 2050 endlich das ernsthafte Bemühen deutlich wird, die formulierten Klimaschutzziele der Stadt, so weit es möglich ist, doch noch zu erreichen.

Dann können wir uns neben einer Zustimmung zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke auch wieder eine aktive Mitarbeit im Energiedialog vorstellen.